KOMMENTAR ZUM TAURUS-KURS VON OLAF SCHOLZ

Die Kanzlerfrage

Längst geht es nicht mehr nur darum, ob der Marschflugkörper Taurus an die Ukraine geliefert werden soll oder nicht. Vielmehr hat die Debatte eine noch größere Dimension bekommen. Es geht auch um die Führungsqualitäten von Olaf Scholz. Mehr noch: Der Taurus – er ist zur Kanzlerfrage geworden.

Der Antrag der Union

Am Donnerstag wird sich zeigen, wie viele Ampel-Abgeordnete im Bundestag über das Stöckchen der Union springen und den CDU/CSU-Antrag zu einer „unverzüglichen“ Lieferung der Waffe unterstützen werden. Die Union treibt die Koalition vor sich her, das ist ihr gutes Recht. Und den Kanzler gleich mit. Sollte es so kommen, wie FDP-Vize Wolfgang Kubicki unlängst prognostiziert hat, dass diesmal mehr Koalitionäre dem Unionsantrag zustimmen werden, ist das auch ein klares Signal an Scholz, das man im Kanzleramt nicht ignorieren kann. Er muss sich dann fragen, wie viel Rückhalt sein Kurs in der Ukraine-Krise in den eigenen Reihen noch hat. Zumal die Spatzen von den Dächern pfeifen, dass selbst in der SPD die Kritik am Regierungschef groß ist. Und diese Kritik ist bereits grundsätzlicher Natur, weil Scholz es nicht gelingen will, seine Zielen und Vorhaben nachhaltig zu kommunizieren; schon gar nicht schafft er es, die Ampel so zu führen, dass eben nicht jeder aus rein parteitaktischen Erwägungen das macht, was er will.

Kein Wunder, dass der Name von Verteidigungsminister Boris Pistorius hinter den Kulissen immer wieder als mögliche Scholz-Alternative fällt. Auch wenn wohl keiner genau weiß, wie ein solcher Wechsel vonstattengehen könnte; und ob Pistorius überhaupt bereitstünde, eine am Boden liegende SPD zu retten. Aber allein der Umstand, dass darüber klammheimlich geredet wird, sagt viel aus. Scholz selbst muss seine Befragung am Mittwoch im Parlament dazu nutzen, die vielen Zweifler zumindest etwas auf Linie zu bringen. Ob ihm das gelingen wird, ist offen. Bei einer größeren Anzahl an Abweichlern tags darauf hätte er wohl keine andere Wahl als die Vertrauensfrage zu stellen. Täte er es nicht, wäre er anderthalb Jahre vor der nächsten Wahl endgültig die berühmte „lame duck“, die lahme Ente, deren Autorität in der Koalition kaum noch etwas zählt.

politik@medienhausaachen.de

HAGEN STRAUSS

KURZ GEFRAGT

„Lachen ist nicht verboten“

Philipp Amthor (31) gehört zu den aufstrebenden, konservativen Politikern in der CDU. FOTO: DPA

Herr Amthor, was macht mehr Spaß – Bundestag oder die ZDF-„heute-show”?

Philipp Amthor: Das sind zum Glück unterschiedliche Kategorien, aber Lachen und ein gelegentliches Augenzwinkern sollten auch in der Politik nicht verboten sein. Und gelegentlich soll es ja sogar in der „heute-show” mal einen guten Witz geben.

Sie gelten irgendwie als Mitarbeiter der Sendung, weil Sie dort so oft vorkommen.

Amthor: Offenbar haben viele Zuschauer und die Redaktion wohl Freude an schlagfertigen Reaktionen auf schlechte Witze. Darum bin ich jedenfalls nie verlegen.

Der Witz, Philipp Amthor ist jung, wirkt aber alt, ist inzwischen keiner mehr, oder?

Amthor: Ja, da muss sich die „heute-show” mal eine neue Schallplatte raussuchen. Dieser Witz nutzt sich ja schon aus biologischen Gründen ab, da selbst die jüngsten Abgeordneten täglich älter werden.

Ihre Popularität hat die Sendung durchaus gesteigert. Wo Sie etwa auftauchen, wollen viele ein Selfie. Nutzt ihnen das auch politisch?

Amthor: Es kommt auf eine gute Mischung an. Wenn jemand über solche Formate auf mich als Politiker aufmerksam wird, ist das gut, aber Politik ist keine Unterhaltungssendung. Es geht um Inhalte und Argumente. Das steht für mich im Vordergrund. Deshalb bin ich auch dankbar, dass sich so viele Menschen für inhaltlich pointierte Beiträge interessieren und meine Bundestagsreden in den Sozialen Medien verfolgen.

Sie sind ein Social-Media-Star der Union. Was machen Sie anders als andere in der CDU?

Amthor: Wir haben viele gute Leute mit unterschiedlichen Herangehensweisen. Ich persönlich setze auch meinen Kanälen jedenfalls weniger auf Alltagsklamauk, sondern mehr auf politische Inhalte. Damit erreiche ich etwa auf Instagram über 100.000 Follower. Aber zugegeben: Die Leute, die mich nach Fotos fragen, sagen meistens nicht: Das war neulich ein toller Auftritt zum 100. Geburtstag der Weimarer Reichsverfassung bei Phoenix – obwohl ich den nicht schlecht fand. Viele rekurrieren stattdessen eher auf bekannte Internetvideos. Deshalb erneut: Es braucht eine gute Mischung.

Was ist denn für jemanden, der 31 Jahre alt ist, konservativ?

Amthor: Für mich ist es ein Begriff, um den es sich zu kämpfen lohnt. Obwohl der Begriff verstaubt wirkt und marketingtechnisch als vermeintlicher Totalausfall erscheint, ist die dahinterstehende Idee von überragender Bedeutung. Das Konservative als Diskursregel verlangt nämlich, dass das vermeintlich bessere Neue den Beweis dafür erbringen muss, dass es tatsächlich besser ist als das Bewährte. Das führt zu mehr Überlegtheit und Reflexion.

Wie nah oder fern stehen Sie denn dann den Grünen?

Amthor: Ich bin sicher kein Mitglied in einem Schwarz-Grün-Fanclub, aber es gehört auch zu konservativer Politik, dass man innerhalb der politischen Mitte vernünftig miteinander umgeht. Dabei dürfen wir aber auch nicht verschweigen, dass wir uns schon im Politikansatz ganz grundlegend von den Grünen unterscheiden, weil wir ein ideologiefreieres Menschenbild haben und nichts von einem bevormundenden Staat halten, der die Menschen nach linksgrüner Fasson umerziehen will.

Im Parlament sind Sie ein scharfer Redner, teilen gerade gegen die AfD aus. Was raten Sie der CDU?

Amthor: Eine Strategie des Ignorierens hat sich offensichtlich nicht bewährt. Stattdessen rate ich zu einer selbstbewussten und harten Auseinandersetzung in der Sache. Dann werden sich auch die Horrorszenarien für die Wahlen im Osten nicht bewahrheiten. Die AfD kann und muss man durch Kompetenz und durch eine bessere Politik schlagen. Das ist der Kurs, den Merz eingeschlagen hat. **Hagen Strauß**

Bei einer Befragung des Bundeskanzlers im Parlament kommende Woche will die Union das Nein von Olaf Scholz (SPD) zu einer Taurus-Lieferung an die Ukraine aufgreifen. FOTO: DPA

Die Woche der Wahrheit

Die Ampel und der Taurus-Kurs des Kanzlers: Die Union setzt die Koalition bei der Lieferung des Marschflugkörpers an die Ukraine weiter unter Druck. Nun bietet sie dem Bündnis auch eine Zusammenarbeit an. Aber SPD und FDP wehren ab.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Es könnte eine Woche der Taurus-Wahrheit werden. Los geht es an diesem Montag mit der Sitzung des Verteidigungsausschusses zur russischen Abhöraktion gegen deutsche Militärs. „Der Minister, der Generalinspekteur der Bundeswehr und die Präsidentin des militärischen Abschirmdienstes werden uns Rede und Antwort stehen“, so die Vorsitzende des Gremiums, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), zu unserer Redaktion. „Ich gehe davon aus, dass wir Details erfahren.“

Dann folgt am Mittwoch die Befragung des Bundeskanzlers im Parlament, bei der die Union das Nein von Olaf Scholz (SPD) zu einer Lieferung an die Ukraine aufgreifen will. „Nach wie vor ist unklar, warum er sich weigert, den Taurus zu liefern. Der außenpolitische Schaden für Deutschland ist immens“, so Unionsfraktionsvize Johann Wadephul auf Nachfrage. Schließlich soll dann am Donnerstag über einen CDU/CSU-Antrag abgestimmt werden, in dem eine „unverzügliche“ Abgabe der Waffe an die Ukraine verlangt wird. Die Union hofft auf Abweichler. SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese wehrte allerdings ab: „Die Regierungskoalitionen werden entsprechende Anträge der Union ablehnen. Einzelne Profilierungen aufgrund des Europawahlkampfes sind dabei nicht maßgebend.“ Man wird sehen.

Ringen um das richtige Vorgehen

Der Taurus hält die deutsche Politik nach wie vor in Atem. Zum einen ringt die Koalition weiter um das richtige Vorgehen. Strack-Zimmermann hatte bereits angekündigt, auch diesmal dem Unionsantrag zustimmen zu wollen. FDP-Vize Wolfgang Kubicki betonte kürzlich, er rechne mit weiteren Ampel-Abgeordneten. „Ich schaue mir die Formulierung des Antrages genau an“, sagte Kubicki mit Blick auf sein eigenes Abstimmungsverhalten unserer Redaktion. Einem Antrag, „der gegen die Ampel oder den Bundeskanzler gerichtet ist, werde ich nicht zustimmen“. Darüber hinaus stellte der Liberale klar: „Ich werde aber auf jeden Fall an der Seite meiner Kollegin Marie-Agnes Strack-Zimmermann stehen.“ Sie war in der Koalition für ihr Verhalten zum Teil stark kritisiert worden.

Auf der anderen Seite versucht die Union weiter, die Ampel in der Taurus-Frage vor sich herzutreiben. Unionsfraktionsvize Wadephul machte der Koalition ein Angebot: „Uns geht es nicht um das Zählen von Abweichlern, sondern um die bestmögliche Unterstützung der Ukraine in einer lebensbedrohlichen Situation. Deshalb bieten wir der Koalition jede gemeinsame Formulierung von Beschlüssen des Bundestages an, wenn sie nur zur Lieferung des Taurus führt.“ Wadephul ergänzte, es liege jetzt an der Ampel, „den Weg zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung für die Ukraine frei zu machen“. Demgegenüber betonte SPD-Fraktionsvize Wiese, auch in der Union gebe es Unterstützung für das Nein des Kanzlers. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger stünden hinter seiner Entscheidung. „Auch viele Mitglieder von CDU und CSU, was man in persönlichen Gesprächen im Wahlkreis immer wieder bestätigt bekommt.“ Zugleich betonte der SPD-Politiker, es sei gut, dass Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in der Taurus-Abhöraktion der Russen umfassend aufkläre und den Abgeordneten im Ausschuss Rede und Antwort stehe.

Debattiert wird nun auch über einen sogenannten Ringtausch, den Großbritanniens Außenminister David Cameron für möglich erachtet hat. Dadurch könnten womöglich die Bedenken von Kanzler Scholz zerstreut werden. Bei einem solchen Tausch würde Deutschland Taurus-Marschflugkörper an Großbritannien abgeben und London seinerseits weitere Flugkörper vom Typ Storm Shadow an die Ukraine liefern. Während aus der Ampel positive Signale kamen, lehnte die Union dies ab. Wadephul sagte, der Krieg stehe auf Messers Schneide. „Deshalb muss jetzt alles getan werden, um eine ukrainische Niederlage zu verhindert. Dazu gehört die Lieferung des besten Systems und das ist nun mal der Taurus. Kein Ringtausch kann ihn ersetzen, denn seine Reichweite, Präzision und Durchschlagskraft sind herausragend“, so der Verteidigungsexperte.

Vorwürfe der FDP

Aus der FDP wurde der Union vorgeworfen, sie wolle mit ihrem Vorgehen nur einen „innenpolitischen Geländegewinn“ erzielen. Der verteidigungspolitische Sprecher der Liberalen, Alexander Müller, sagte, der Bundestag habe sich in der letzten Woche mit der Zustimmung zum Ampel-Antrag für die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern ausgesprochen. „Im Übrigen entscheidet über die Frage der Waffenlieferung am Ende allein der Bundessicherheitsrat und nicht der Deutsche Bundestag.“ Im Ampel-Papier kommt das Wort Taurus nicht vor – darin ist von „weitreichenden Waffensystemen“ die Rede.

Satt Geld sparen bei den Heizkosten

Haushalte sollen ihren Verbrauch täglich abfragen können. Das will die SPD jetzt ermöglichen.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Zweidrittel der Energiekosten in einem Haushalt fallen laut Umweltbundesamt fürs Heizen an. Zuletzt sind die finanziellen Belastungen zwar wieder gesunken nach dem horrenden Anstieg im Jahr 2022 wegen des Ukraine-Kriegs. Aus Sicht der SPD gibt es aber nach wie vor immenses Sparpotenzial. Verbraucher sollen daher künftig ihre Heizkosten täglich abrufen können. Experten gehen von Ersparnissen in Höhe mehrerer Hundert Euro aus.

„Energiesparen muss leichter werden, wir müssen Verbraucherinnen und Verbraucher dabei besser unterstützen. Transparenz beim Verbrauch insbesondere von Heizenergie ist dafür besonders wichtig“, so Nadine Heselhaus, verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Nach dem Willen der Sozialdemokraten soll dabei moderne Technik helfen.

Denn seit Inkrafttreten der Novelle der Heizkostenverordnung Ende 2021 dürfen nur noch fernablesbare Messgeräte zur Verbrauchserfassung eingebaut werden. Bis Ende 2026 müssen alte ausgetauscht sein. Laut Verordnung sollen die Haushalte mit fernablesbaren Zählern ihren individuellen Verbrauch bisher monatlich einsehen können. Doch möglich sind genauso häufigere Übersichten – ohne Mehraufwand und Mehrkosten.

Und je öfter, desto besser: „Einsparungen und finanzielle Vorteile sind eine sehr starke Motivation für eine Veränderung des eigenen Heizverhaltens“, so Heselhaus zu unserer Redaktion. Das „große Sparpotenzial privater Haushalte“ könne aber nur ausgeschöpft werden, wenn die Verbraucher einfach und zeitnah feststellen könnten, wie sich Verbrauch und Kosten entwickelt hätten. „Das ist mit einer monatlichen Übersicht schwer nachzuvollziehen. Bei einer tagesaktuellen online-Übersicht dagegen wäre dies sehr einfach“, ergänzt Heselhaus.

Täglich checken

Die SPD-Frau sieht nun das Bundeswirtschaftsministerium am Zuge, in der Heizkostenverordnung von der monatlichen Vorgabe abzurücken. Zumal die Deutschen wieder sorglos heizen. Das ist das Ergebnis einer kürzlich vorgestellten Untersuchung des Energiedienstleisters ista. Ista-Chef Hagen Lessing sagte unserer Redaktion: „Entscheidend ist, dass Mieter jederzeit Transparenz über den eigenen Verbrauch haben, um informiert und selbstbestimmt heizen zu können.“ So wie sich das Bankkonto täglich checken lasse, „ist das technisch längst auch beim Heizen möglich und sollte dringend umgesetzt werden“, so Lessing.

Verbraucher sollen ihre Werte künftig tagesgenau abrufen können, fordert die SPD. FOTO: ANNETTE RIEDL/DPA

Ista erfasst derzeit bei rund fünf Millionen betreuten Wohnungen in Deutschland den Heizenergie- und Warmwasserverbrauch. 40 Prozent der Wohnungen können demnach bereits heute ihren monatlichen Verbrauch abrufen – per App, Mail oder über ein Internetportal. Weitere 20 Prozent sind mit der notwendigen Technik vorbereitet. Man schaffe es problemlos, „die noch verbleibenden zwei Millionen von uns betreuten Wohnungen bis Ende 2026 zu digitalisieren“, so Lessing.

Doch wie hoch ist das Sparpotenzial tatsächlich? Das hängt laut ista stark vom individuellen Verhalten ab. Ein Indikator für Einsparungen könnte demnach aber das Jahr der Energiepreiskrise 2022 sein, als die Verbraucher in den Wintermonaten etwa 15 Prozent eingespart hätten. Beim Heizen mit Gas und einem Preis von rund zehn Cent pro Kilowattstunde sei also für eine vierköpfige Familie eine Ersparnis von etwa 250 Euro möglich gewesen. Das soll mit einer täglichen Ablesung tunlichst ebenso gelingen.